

Das «Thurgauer Konzil» und die Papst-Mitra

Vor 600 Jahren begann in Konstanz der grösste Kongress des Mittelalters – mit starken Bezügen zur heutigen Schweiz

Von 1414 bis 1418 fand der grösste Kongress des Mittelalters statt: das Konstanzer Konzil. Die Schweizer Orte am Bodensee waren intensiv beteiligt. Jetzt feiern sie grenzüberschreitend auch beim Jubiläum mit – und steuern die Papst-Mitra bei.

Jörg Krummenacher, Kreuzlingen

Vier Jahre dauerte das Konzil, und bis 2018 soll nun auf vielfältige Weise der damaligen Ereignisse gedacht werden. Im Zentrum steht und stand die deutsche Stadt Konstanz am westlichen Ausfluss des Bodensees, die mit dem Schweizer Ort Kreuzlingen zusammengewachsen ist. Der Thurgau bildete während Jahrhunderten das natürliche Hinterland der Bischofsstadt Konstanz. König Sigismund, Sohn von Karl IV., hatte das Konzil nach Konstanz einberufen, um die Kirchenspaltung zu beenden. Es gab zu jener Zeit drei sich konkurrierende Päpste: Johannes XXIII., der amtierende Papst aus Pisa, Benedikt XIII. aus Avignon und Gregor XII. aus Rom. In Konstanz trafen sich die Mächtigen, um zu beraten und zu entscheiden. Schliesslich traten die bisherigen drei Päpste zurück oder flohen, wie im Falle von Johannes XXIII., über heutiges schweizerisches Gebiet. Ein neuer Papst, Martin V., wurde gewählt – die einzige Papstwahl der Geschichte nördlich der Alpen.

Papstwahl im «Kaufhaus»

Während der Konzilsjahre war Konstanz mit seinen 6000 Einwohnern das Zentrum Europas. Die Stadt beherbergte 72 000 Gäste. Um sie zu versorgen, sollen 73 Geldwechsler, 230 Bäcker, 70 Wirte, 225 Schneider, 310 Barbieri und 700 Dirnen zugezogen sein. Die Wahl des neuen Papstes fand im oberen Saal des «Kaufhauses» statt, eines imposanten Marktgebäudes direkt am See. Es existiert bis heute als Restaurant und Tagungsstätte.

«Ohne den Thurgau kein Konzil», sagt Dominik Gügel, Direktor des Napoleonmuseums Arenenberg und mitverantwortlich für die Thurgauer Jubi-



Die Bauern aus dem heutigen Thurgau sind im Kontext des Konzils als Lieferanten für Lebensmittel überliefert (Darstellung links, aus der Konzilschronik). Die Papst-Mitra als Geschenk für die Gastfreundschaft ist ein wichtiges Exponat des Historischen Museums Thurgau.



BILDER: ULRICH RICHENTAL / ROSSGARTENMUSEUM KONSTANZ, CHRISTOPH VON VRABG / ABBEG-STIFTUNG

läumsaktivitäten. Denn die Kulturlandschaft des Thurgauer Hinterlands versorgte die Konzils Gäste mit Fleisch, Getreide, weiteren Lebensmitteln und den notwendigen Dingen des täglichen Lebens wie Wasser, Brennholz oder Heu. Gügel spricht deshalb lieber vom «Thurgauer Kongress», zumal die hiesigen Dörfer, Landsitze und Klöster einen Grossteil der Konzils Gäste beherbergten. Erst nachdem die Kundschafter des Königs und von Papst Johannes XXIII. durch die Thurgauer Landschaft geritten seien, Unterkünfte und Landwirtschaft inspiziert hätten, habe man sich für Konstanz als Konzilsort entschieden.

Entsprechend umfangreich beteiligt sich der Thurgau in den kommenden

Jahren an den Jubiläumsaktivitäten, die sich bis 2018 hinziehen. Die Kantonsregierung hat dazu einen Beitrag von 220 000 Franken aus dem Lotteriefonds gesprochen. Geplant ist etwa der Nachbau eines Konzilgartens, einer Gartenanlage, wie sie im Spätmittelalter auf Landsitzen üblich war. Auf den «Wegen zum Konzil» sollen die historischen Orte mit Bezug zum Konzil präsentiert werden. Und reizvoll dürfte es sein, auf dem Velo die Strecke zwischen Kreuzlingen und Schaffhausen dem Rhein entlang abzufahren – just auf jenen Pfaden, auf denen Papst Johannes XXIII. im Jahr 1415 floh, nachdem er seine Chance auf eine Wiederwahl schwinden gesehen hatte. Er wurde aufgegriffen und in einem Burgturm in

Gottlieben inhaftiert. Bei seiner Anreise war es hingegen noch freundlicher zu und her gegangen. Wichtigstes Symbol des Konzils, zumindest aus Thurgauer Sicht, ist nämlich die Papst-Mitra, die Johannes dem Abt des Klosters Kreuzlingen vermachte, wo er mit seinem 400-köpfigen Gefolge übernachtete.

Mitra ausgeliehen

Das Recht, eine Bischofsmütze tragen zu dürfen, war als Dank für die Gastfreundschaft gedacht. Die Mitra, die heute zu den Beständen des Historischen Museums Thurgau gehört, ist frisch restauriert worden und gilt als eines der kostbarsten Erinnerungsstücke

der Konzilszeit. Im April wird sie an die Baden-Württembergische Landesausstellung ausgeliehen, die sich dem Konzil widmet.

Die Feststimmung zum Konzilsjubiläum soll nicht nur Behörden und Würdenträger erfassen. «Wir spüren ein grosses Interesse der Bevölkerung», freut sich Dominik Gügel. Beispiel dafür ist die Sigismund-Tafel, die am 24. Mai grenzüberschreitend 1000 Bürgerinnen und Bürger an einen 275 Meter langen Tisch bringen soll.

Begegnungen über die Grenze setzen in diesen Tagen, wo die Auseinandersetzung rund um die Einwanderung die Schlagzeilen beherrscht, nicht nur mit Blick auf das Mittelalter einen wohl-tuenden Kontrapunkt.

Genf macht mit neuer Cannabis-Regulierung Ernst

Ein geeintes Vorgehen der Städte soll schon ab Mai die politischen Gräben in der Drogenpolitik überwinden – notfalls auch gegen Bundesberner

Im Mai will eine überparteiliche Arbeitsgruppe in Genf einen konkreten Vorschlag für eine neue Cannabis-Regulierung präsentieren. Dabei geht es um Vereinigungen für eine kontrollierte Abgabe. Juristische Gutachten dazu sind in Arbeit.

Davide Scruzzi

Seit einigen Monaten werden volljährige Cannabiskonsumanten nicht mehr von vornherein strafrechtlich verfolgt, sondern erhalten eine Ordnungsbuss. Die Diskussion über eine Legalisierung des Kiffens ist aber nicht zu Ende, sondern wird sich nun intensivieren. Verantwortlich dafür sind die Städte, deren Suchtfachleute schon seit längerem eine Gesetzeslücke für eine versuchsweise regulierte Abgabe von Cannabis suchen. In Basel und Zürich begannen Vorarbeiten mit der Idee, im Rahmen eines medizinischen Versuchs Cannabis an Süchtige abzugeben.

Dieses Projekt wurde aber fallengelassen, weil Cannabissüchtige – im Gegensatz zu Heroinabhängigen – selten in einer krankhaften Situation lebten und auch eine entsprechende Stigmatisierung nicht sinnvoll sei, erklärt Philipp Waibel, Chef der Basler Gesundheitsdienste. Für eine zu diesem Thema gebildete Arbeitsgruppe mehrerer Grossstädte rückt damit ein Genfer

Projekt ins Zentrum. Die Genfer Idee von «Social Clubs» für Kiffer sieht dabei keine Konsumräume vor. Geraucht werden soll im privaten Rahmen. Die Vereinigung stellt aber dazu das Cannabis zur Verfügung.

Die Vorteile: Die Qualität des Stoffs kann kontrolliert werden, die Teilnehmerzahl (volljährige Einwohner der entsprechenden Städte) kann leicht limitiert werden, und die Weitergabe an Dritte lässt sich durch eine Limite der abgegebenen Mengen begrenzen. Der Kreis der Cannabiskonsumanten bliebe für Präventionsmassnahmen erreichbar und könnte sich gleichzeitig von kriminellen Dealern fernhalten. Die Genfer Initianten, eine auch von Kantonspolitikern getragene Gruppe, wollen angesichts des engen Rahmens der Cannabis-Abgabe von Regulierung und nicht von Liberalisierung sprechen.

Gesetzeskonform?

Der Leiter der Projektarbeiten, der Genfer Soziologie-Professor Sandro Cattacin, will im Mai die konkrete Ausgestaltung der Cannabis-Abgabe präsentieren. Teil der Arbeiten sind auch juristische Gutachten, welche die Konformität mit dem Betäubungsmittelgesetz aufzeigen sollen – ein nicht ganz einfaches Unterfangen. Zwar ist dort in Artikel 8 ein allgemeines Verbot für die Verwendung von Cannabis als Betäubungsmittel formuliert; der gleiche Gesetzesartikel sieht aber Ausnahmebe-

willigungen für wissenschaftliche Zwecke vor. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) als Bewilligungsbehörde gibt sich zum Thema bedeckt; immerhin hat aber der Departementsvorsteher, Alain Berset (sp.), ein gewisses Interesse für diese Idee signalisiert.

Für Cattacin wäre es auch denkbar, dass der Versuch ohne Bewilligung des BAG durchgeführt wird. Es sei dafür einfach das Einvernehmen mit der örtlichen Staatsanwaltschaft nötig, daher sei ein erster Versuch in einem städtischen Kanton wie Genf besser angeordnet als in Zürich, wo sich ein Konflikt zwischen den städtischen und den kantonalen Zielen ergeben könnte. Cattacin ist stolz, dass das Projekt in Genf – zumindest vorerst – von links und rechts (Mouvement citoyens genevois) getragen wird. Nur die SVP habe sich von den Arbeiten bereits distanziert. Das Thema soll erst dann in Bundesberner zum Thema werden, wenn ein fertig ausgearbeitetes Projekt vorliegt, so die Taktik der Städte. Verhindert werden soll eine Politisierung der Frage nach dem Links-Rechts-Schema, das auch für das Volks-Nein bei der Abstimmung über die Hanfinitiative 2008 mitverantwortlich war. Dass eine solche Vorlage beim Volk auch heute durchfallen dürfte, ist den Verantwortlichen im Übrigen durchaus bewusst.

Im Gegensatz zu Genf spürt Philipp Waibel in Basel keinen politischen Druck, eine Neuregulierung des Cannabiskonsums voranzutreiben. Insbeson-

dere weil die heutige Regelung im Kanton Basel-Stadt zurzeit zu keinen unmittelbaren Problemen führe. Ein grosser Teil des Konsums habe sich in der Deutschschweiz in den privaten Bereich verschoben. Die Basler Polizei nutze zu dem ihren Ermessensspielraum und vertei-le nur wenige Bussen.

Kommission rüstet sich

Die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF), die sich schon seit Jahrzehnten für einen straffreien Cannabiskonsum einsetzt, will sich nun auf den Genfer Vorschlag vorbereiten, um rasch eine Stellungnahme dazu abgeben zu können. Bis März soll eine Studie insbesondere Erfahrungen aus anderen Ländern zusammenfassen. Für EKDF-Präsident Toni Berthel geht es dabei auch darum, zu schauen, wo die Städte der Schuh drückt und inwieweit ein Regulierungsmodell, etwa Klubs für die Abgabe von Cannabis, diese Probleme beheben könne. In Spanien bestehen bereits ähnliche Einrichtungen.

Aber ist der Leidensdruck wirklich so gross? Spielt sich der Cannabiskonsum nicht ohnehin meist in den eigenen vier Wänden ab, und werden Überbetreibungen mit den neuen Ordnungsbussen nicht bereits milder geahndet als früher? Bei dieser Frage offenbaren sich Unterschiede zwischen Deutsch- und Westschweiz. Der Leidensdruck sei in der Westschweiz grösser, wo eine relativ starke Vermischung von Konsum, Han-

del und Kriminalität im Kontext einer offenen Drogenszene zu beobachten sei, sagt Berthel.

Wenig Hoffnungen hegt der Präventivmediziner und Ständerat Felix Gutzwiller (Zürich, fdp.). Einen städtischen Versuch für eine Cannabis-Regulierung erachtet er als Anhänger einer liberaleren Politik zwar als gute Idee. Politisch seien auf nationaler Ebene aber die Fronten verhärtet. Das Feilschen um die Höhe der neuen Ordnungsbussen für Cannabis im Parlament habe gezeigt, dass die Idee vieler Drogenexperten, die Suchtmittel gemäss ihrem realen Risikopotenzial zu bewerten, weiterhin nicht mehrheitsfähig sei. Gutzwiller gibt zu bedenken, dass jüngste Liberalisierungen, etwa in Uruguay, stark mit Problemen rund um die Drogenkriminalität zusammenhängen. Auch bei der Einführung der kontrollierten Heroinabgabe in den 1990er Jahren in der Schweiz habe man aus einer Notsituation handeln können und so Zuspruch erhalten. Beim Hanf sei das anders. Zudem hätten angesichts der gestiegenen Rausch-wirkung des gehandelten Cannabis die Bedenken gegenüber einer Freigabe zugenommen, so Gutzwiller.

Nationalrat Toni Bortoluzzi (svp., Zürich) ist gegen die Versuche und befürchtet schlimme Folgen. Die Durchführung der Projekte würde ihn aber nicht erstaunen, weil «in solchen Fragen» nunmehr wenig Wille zu «rechtsstaatlichen Grundsätzen» erkennbar sei.

Meinung & Debatte, Seite 17